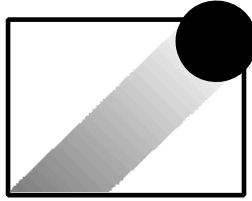


DBU



Deutsche
Billard
Union

Deutsche Billard-Union e.V.

**Verfahrensordnung
Anti-Doping-Schiedsgericht**

Stand: 06/2009

- I. **Zuständigkeit für das Sanktionsverfahren**
- II. **Bildung einer Kammer, Einzelrichter**
- III. **Bestimmung eines Verhandlungstermins und des Verhandlungs-
ortes, Ladung**
- IV. **Verfahrensgrundsätze**
- V. **Ablauf der Verhandlung**
- VI. **Entscheidung der Kammer**
- VII. **Sanktionen**
- VIII. **Beschleunigtes Verfahren bei Wettkämpfen**
- IX. **Rechtswirksamkeit der Entscheidungen, Bekanntgabe**

I. Zuständigkeit für das Sanktionsverfahren

- (1) Das Anti-Doping-Schiedsgericht (ADSG) ist das zuständige Disziplinarorgan der DBU gemäß dem NADA-Code.
- (2) Das ADSG ist grundsätzlich bei allen möglichen Verstößen und Verstößen gegen die Anti-Doping-Bestimmungen der DBU zuständig, soweit die DBU laut Anti-Doping-Bestimmungen die zuständige Anti-Doping-Organisation ist.
- (3) Die Zuständigkeit kann durch eine Vereinbarung auf Dritte übertragen werden.

II. Bildung einer Kammer, Einzelrichter

- (1) Das ADSG entscheidet unter Einschluss des Vorsitzenden in der Zusammensetzung von mindestens drei Mitgliedern über den vom Anti-Doping-Beauftragten oder von der laut den Anti-Doping-Bestimmungen der DBU zuständigen Organisation vorgelegten Fall (Kammer).
- (2) Der Vorsitzende oder, bei seiner Verhinderung, sein Stellvertreter, bestimmt aus den Mitgliedern des ADSG die übrigen Mitglieder der Kammer, die über den vorgelegten Fall entscheidet.
- (3) Den Vorsitz der Kammer führt der Vorsitzende des ADSG oder sein Stellvertreter.
- (4) Die Mitglieder der Kammer dürfen zuvor mit dem Fall nicht befasst gewesen sein und im Übrigen keinerlei Interessenkonflikten unterliegen.
- (5) Sehen die Anti-Doping-Bestimmungen der DBU ein Absehen von einer mündlichen Verhandlung vor, so kann der Vorsitzende des ADSG oder sein Stellvertreter als Einzelrichter nach den Grundsätzen der Anti-Doping-Bestimmungen bzw. der Rechts- und Strafordnung der DBU entscheiden.

III. Bestimmung eines Verhandlungstermins und des Verhandlungsortes, Ladung

- (1) Durch den Vorsitzenden der Kammer wird entsprechend den Anti-Doping-Bestimmungen der DBU ein Termin zur Verhandlung vor der Kammer bestimmt.
- (2) Der Vorsitzende der Kammer bestimmt den Verhandlungsort. Dabei sollen die Umstände der Beteiligten, soweit möglich, berücksichtigt werden.
- (3) Die betroffene Person, der ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorgeworfen wird, ist zu dem Verhandlungstermin mindestens 14 Tage vorher schriftlich per Einschreiben mit Rückschein zu laden. Die Ladung muss folgende Punkte enthalten:
 - a) Zeit und Ort der Verhandlung;
 - b) das positive Analyseergebnis oder den Verstoß gegen die Anti-Doping-Bestimmungen und die Anti-Doping-Bestimmung, gegen die verstoßen wurde;
 - c) die Feststellung, ob eine fristgerechte Stellungnahme erfolgte;
 - d) bei einer mündlichen Verhandlung Bedeutung und Folgen einer Säumnis gemäß den Anti-Doping-Bestimmungen der DBU;
 - e) ggf. die Aufforderung einem schriftlichen Verfahren schriftlich zuzustimmen.

- (4) Zeugen sind ebenfalls 14 Tage vorher schriftlich per Einschreiben mit Rückschein unter Angabe von Verhandlungsort und -termin zu laden.
- (5) Die in den Anti-Doping-Bestimmungen genannten Anti-Doping-Organisationen sind entsprechend zu unterrichten.

IV. Verfahrensgrundsätze

- (1) Verfahrenssprache ist Deutsch.
- (2) Die betroffene Person, der ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorgeworfen wird, hat das Recht, sich auf eigene Kosten durch einen in Deutschland zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.
- (3) Die betroffene Person der ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorgeworfen wird, hat das Recht, sich auf eigene Kosten eines Dolmetschers zu bedienen, wenn sie der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig ist.
- (4) Die betroffene Person, der ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorgeworfen wird, ist in jedem Stand des Verfahrens rechtliches Gehör zu gewähren. Gutachten und andere schriftliche Beweismittel, auf die sich die Kammer bei seiner Entscheidung stützen kann, sind der betroffenen Person rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen.
- (5) Die Kammer hat den zugrunde liegenden Sachverhalt gemäß den Anti-Doping-Bestimmungen zu ermitteln, soweit sie hierzu nach den Anti-Doping-Bestimmungen verpflichtet ist.
- (6) Verstöße gegen Verfahrensvorschriften sind nur beachtlich, wenn sie geeignet sind, ernsthafte Zweifel am positiven Analyseergebnis oder an sonstigen den Tatverdacht stützenden Beweismitteln zu begründen.

V. Ablauf der Verhandlung

- (1) Die Verhandlung wird vom Vorsitzenden der Kammer geleitet. Der Vorsitzende gibt die Zusammensetzung der Kammer bekannt und stellt fest, ob die am Verfahren Beteiligten und die Zeugen anwesend sind.
- (2) Die betroffene Person und die Zeugen sind zur Wahrheit zu ermahnen. Die Zeugen haben den Verhandlungsraum bis zu ihrer Vernehmung zu verlassen. Nach der Beweisaufnahme erhalten die Verfahrensbeteiligten das Schlusswort.
- (3) Die Verhandlung kann über mehrere Verhandlungstage laufen. Dies liegt im Ermessen der Kammer.
- (4) Über die Verhandlung ist ein Protokoll zu führen.
- (5) Zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Verhandlung kann der Vorsitzende der Kammer Ordnungsstrafen bis zu einer Höhe von 250,00 EUR aussprechen.
- (6) Die Verhandlung ist nicht öffentlich.

VI. Entscheidung der Kammer

- (1) Die Kammer soll innerhalb von 14 Tagen nach der letzten mündlichen Verhandlung bzw. im Falle eines schriftlichen Verfahrens nach dem letzten festgesetzten Datum zur Stellungnahme eine Entscheidung (Urteil) treffen.
- (2) Die Beratung über das Urteil ist nicht öffentlich. Bei der Abstimmung sind Enthaltungen nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der Kammer. Das Ergebnis ist im Protokoll festzuhalten.

VII. Sanktionen

- (1) Bei der Festlegung der Sanktionen durch die Kammer sind immer die konkreten Umstände des Einzelfalles, das Maß des Verschuldens und die Angemessenheit der Sanktionen im Verhältnis zum Verstoß zu berücksichtigen.
- (2) Der Umfang der Sanktion wird gemäß den Anti-Doping-Bestimmungen der DBU für die festgestellten Verstöße vom Vorsitzenden der Kammer festgelegt.

VIII. Beschleunigtes Verfahren bei Wettkämpfen

- (1) Verstöße gegen Anti-Doping-Bestimmungen während oder in Zusammenhang mit einem Wettkampf können in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden.
- (2) Die Verfahrensgrundsätze finden entsprechend Anwendung.
- (3) Die Fristen sind entsprechend dem Zweck des beschleunigten Verfahrens unter Wahrung der Rechte der Beteiligten zu verkürzen.

IX. Rechtswirksamkeit der Entscheidungen, Bekanntgabe

- (1) Das Urteil wird mit Verkündung rechtskräftig.
- (2) Die Entscheidung (Urteil) einschließlich der Begründung ist der betroffenen Person an die letzte der DBU mitgeteilte Adresse per Einschreiben mit Rückschein zuzustellen. Über die Rechtsmittel gegen das Urteil gemäß den Anti-Doping-Bestimmungen sind die Verfahrensbeteiligten zu belehren.
- (3) Die DBU erhält eine Abschrift dieser Entscheidung mit Begründung.
- (4) Das Urteil ist nach Maßgabe der Anti-Doping-Bestimmungen der DBU zu veröffentlichen.